

den ist. Trotzdem brauchen wir nicht zu bedauern, daß sich die 2. Internationale auf die dringende Einladung Wiens hin an diesem vornehmlich wenig aussichtsreichen Versuch der gegenseitigen Annäherung beteiligt hat. Eine Entlarvungskonferenz ist uns von den Kommunisten angekündigt worden, und man kann wohl sagen, daß die Masken gefallen sind.

Darum wird auch diese Konferenz dazu beitragen, die internationale Einheitsfront des arbeitenden Volkes herzustellen, deren Zerstörung bisher das angelegentlichste Bemühen der 3. Internationale gewesen ist. Die Einheitsfront wird nicht mit Moskau, aber trotz Moskau!

Aus den Verhandlungen der Reunerkommission sei noch ein bezeichnendes Zwischenspiel nachgetragen. In der sogenannten „gemeinsamen Erklärung“ hieß es ursprünglich, die für den 20. April oder den 1. Mai geplanten Rundgebungen seien „gemeinsam“ zu unternehmen. Darauf erklärten die Vertreter der 2. Internationale, sie fahnten den Sinn dieser Wendung so auf, daß natürlich in allen Ländern gemeinsam demonstriert werden müsse. Denn was dem einen recht sei, sei dem andern billig; wenn die Sozialdemokraten außerhalb Rußlands mit Kommunisten gemeinsam demonstrierten, dann müßten selbstverständlich auch die Bolschewiki in Rußland bei ihren Versammlungen menschewistische und sozialrevolutionäre Redner mit der gleichen Freiheit zu Wort kommen lassen.

Folge dieser Erklärung war, daß auf der unbedingten Gemeinsamkeit nicht bestanden wurde. Jetzt heißt es: „möglichst (!), geeinte Massendemonstrationen“!

Beamtenbund und Streikrecht.

Tagung des Beamtenbundes.

In Berlin trat heute vormittag der dritte Bundestag des Deutschen Beamtenbundes zusammen. Nach der Konstituierung des Bureaus und nach Verlesung zahlreicher Begrüßungs- und Beschlüsse erstattete der Vorsitzende Flügel den Bericht der Bundesleitung. Eingehend beschäftigte er sich mit der Stellung des Beamten zum Staat und zum Streikrecht. Er führte aus:

Der Beamte sei Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei; darum müsse auch die politische Neutralität des Beamtenbundes aufrechterhalten bleiben. Der klassenüberbrückende Charakter des Beamtenbundes, ebenso wie seine gewerkschaftliche Form, dürften nicht verlorengehen. Aber es gehe nicht an, die Organisationsformen der Arbeiterorganisationen auf die Beamtenorganisationen anzuwenden. Die Waffe des Streiks sei außerordentlich gefährlich, und ein deutscher Beamter solle sie nur dann anwenden, wenn er in der Notwehr sich befindet. (Vielfaches Beifällig!) Die Waffe des Streiks sei deshalb so gefährlich, weil sie die Gefahr des Verlustes des Beamtenrechts in sich birge. Nur bei ernsthafter Bedrohung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und ihrer Existenzmöglichkeiten würden die Beamten mit Recht zum Streik greifen. Ein Verfassungskonflikt, wie er z. B. beim Kapp-Putsch angeordnet wurde, sei kein Streik. Einen Streik könne man nicht durch Paragraphen, sondern dadurch verhindern, daß Regierung und Parlament sich ihrer Pflichten gegenüber den Beamten genau so bewußt zu sein haben, wie man von den Beamten Pflichterfüllung verlange.

Der Beamtenbund sei bereit, in gemeinsamen Fragen gemeinsam mit anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zusammenzugehen. Unbedingte Voraussetzung für dieses Zusammengehen sei aber die Aufrechterhaltung der parteipolitischen Neutralität, und der organisatorischen Selbstständigkeit des Beamtenbundes. Das Berufsbeamtentum müsse erhalten bleiben. Das Befoldungsrecht bedürfe einer neuen, gesunden Grundlage. Wo der Staat verfaule, müsse die Selbsthilfe eingreifen. Die allgemeinen Interessen würde der Deutsche Beamtenbund, besonders bei seiner Wirtschaftspolitik, über die Privatinteressen stellen. Das neue Programm dürfe kein Schmudstü-

ckel, sondern müsse ein zuverlässiger Berater für die Gegenwart sein, werden. (Stille Beifall, langanhaltender Beifall.)

Beschlossen wurde, die Rede des ersten Vorsitzenden sofort zu drucken und dem Bundestage noch vor seinem Ende zu unterbreiten.

Die gleitende Skala.

Am 23. Ausschuh des Reichstages wurden heute die Erörterungen über die Einführung der gleitenden Lohn- und Gehaltskala zu Ende geführt. Abg. Steinkopf (Soz.) gibt die Erklärung zu dieser Frage: Die SPD. stehe der Einführung der gleitenden Lohn- und Gehaltskala sympathisch gegenüber, halte aber die Lösung der Frage nur für möglich, wenn sie gleichzeitig für Beamte, Angestellte und Arbeiter erfolgt. Außerdem ist sie der Ansicht, daß auch in bezug auf das freie Wirtschaftsleben sich Wirkungen ergeben würden, die erst geklärt werden müßten. Die SPD. wünscht von der Regierung die Vorlegung einer Denkschrift, worin sie ihre Stellungnahme darlegt, ob sie die Einführung der gleitenden Lohnskala für möglich, so wünschenswert hält. Abg. Hoefle (Zentr.) schließt sich der Erklärung an und weist darauf hin, daß dies durchaus keine Verschleppung der Angelegenheit darstellen solle. Abg. Feuerhagen (D. Sp.) wünscht keine Vorlegung einer Denkschrift, sondern verlangt, daß die Verhandlungen über die gleitende Lohnskala nach dem Zusammenritt des Reichstages im 23. Ausschuh sofort wieder aufgenommen werden, unabhängig davon, ob die Frage von der Regierung geklärt worden sei oder nicht. Nachdem sich der Abg. Degler (Dnt.) für die Ausföhrungen des Zentrums und der SPD. erklärt hat, wird die Entscheidung des Zentrums und der SPD. angenommen. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, bis zum Wiederzusammenritt des Reichstages Anfang Mai eine Denkschrift über die gleitende Lohnskala für die Beamten vorzulegen, in der insbesondere die Sicherung eines Mindesteinkommens, der anzuwendenden Indizes und der Verhältnisse, die Rückwirkung auf die Arbeiter und Angestellten und die technische Durchführbarkeit behandelt werden sollen.“

Republikanische Feiertage in Sachsen.

Dresden, 6. April. (WTB.) Der Landtag nahm gestern nach erregter Aussprache den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Anerkennung neuer Feiertage in dritter Lesung mit 49 Stimmen der drei Linksparteien gegen 45 bürgerliche Stimmen an. Zwei bürgerliche Abgeordnete fehlten. Danach gelten von jetzt ab der 1. Mai und 9. November in Sachsen als gesetzliche Feiertage.

Der Hohenzoller siegt über Preußen.

Berlin, 6. April. (WTB.) In dem Rechtsstreit zwischen dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und dem preußischen Staat wegen der Herrschaft Flatow-Krojante ist gestern von dem Landgericht Schneidemühl das Urteil gesprochen worden. Das Gericht hat sich dahin entschieden, daß der Angriff des preußischen Finanzministers auf die prinzipalen Befestigungen ohne Rechtstitel vorgenommen sei und hat das Eigentum an den Herrschaften dem Prinzen zuerkannt. Dem Prinzen Friedrich Leopold hatten sich noch Prinz Friedrich Heinrich von Preußen und Prinz Friedrich Sigmund von Preußen angeschlossen.

Dollarkurs stationär.

Die pessimistischen Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verheffen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die Steigerung des Notenumlaufs der Reichsbank auf das noch nie dagewesene Ausmaß von 7,7 Milliarden in der vergangenen Woche sowie die bedeutende Vermehrung der deutschen schwebenden Schulden wurden heute an der Börse lebhaft besprochen. Wenn trotzdem der Devisenmarkt steigende Kurse nicht zeigte, so mag das in der Hauptsache wohl daran liegen, daß die Spekulation im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz von Genua äußerste Zurückhaltung beobachtet und immer noch Gerüchte über eine zu erwartende internationale Anleihe im Umlauf sind. Der Dollar schwankte zwischen 308 und 312. Er stellte sich um die Mittagsstunde auf 308 1/2.

Antwort auf die Schupo-Note.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 5. März General Hollet folgendes Schreiben in der Polizei-Frage übermittelt:

Schon vor Eingang Ihrer Note hat die deutsche Regierung sich veranlaßt gesehen, die Frage der Ordnungspolizei den Regierungen der alliierten Hauptmächte zu unterbreiten und an sie die in Abdruck beiliegende Note zu richten. In dieser Note werden die alliierten Mächte ersucht, die in dem Schreiben der deutschen Regierung vom 15. März 1922 dargelegten Gesichtspunkte nach ihrerseits einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und dabei die schweren inneren Gefahren zu berücksichtigen, die für Deutschland aus einer Schwächung der Schupo-Polizei in ihrem jetzigen Zustande entstehen müßten. Eine Stellungnahme der alliierten Regierungen ist bisher nicht erfolgt. Anzumerken hat die Kommission das Schreiben vom 15. März mit der Note vom 23. März beantwortet, in der sie, ohne auf die von der deutschen Regierung vorgelegten Darlegungen irgendwie einzugehen, vor allem weiteren die Anerkennung des Prinzips der Rückkehr zur Organisation der Polizei von 1913 verlangte.

Die deutsche Regierung wird auch diese Maßnahme unverzüglich zur Kenntnis der alliierten Regierungen bringen. Sie hofft nach wie vor, daß diese sich bereit finden werden, die Verständigung in der Frage der Ordnungspolizei auf der Grundlage der im Schreiben vom 15. März 1922 gemachten Vorschläge zu suchen.

Im Einverständnis mit den Regierungen der deutschen Länder bin ich jedoch schon jetzt in der Lage, Ihnen, Herr General, in Beantwortung Ihrer Note mitzutellen, daß die deutsche Regierung von den in der Note vom 23. März enthaltenen Erklärungen der Kommission Kenntnis nimmt, wonach auch diese für die Länder die Möglichkeit wahren will, im Rahmen der übernommenen Verpflichtungen die Organisation der Polizei den seit 1913 eingetretenen veränderten Verhältnissen anzupassen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß danach die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und damit auch des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland unentbehrlichen polizeilichen Grundlagen garantiert werden. Sie nimmt an, daß die Kontrollkommission unter der in der Note zum erstenmal gebrauchten Formel „Rückkehr zur Organisation von 1913“ die Erfüllung der im Friedensvertrag, in der Note von Versailles und in den Pariser Beschlüssen festgelegten Verpflichtungen Deutschlands versteht. Dies vorausgesetzt, erkennt die deutsche Regierung für sämtliche deutschen Länder den Zustand von 1913 als Grundlage für die Organisation der Polizei an.

In der erwähnten Note, die die deutsche Regierung unter dem 25. März an die alliierten Hauptmächte gerichtet hat, hat sie ihre Ansicht dahin ausgedrückt, daß die Haltung der Interalliierten Militärkontrollkommission gegenüber der deutschen Ordnungspolizei nicht den Motiven entspreche, aus denen der Oberste Rat seinerzeit eine Vermehrung der Schupo-Polizei von 92 000 auf 150 000 Köpfe zugestanden hat. Damalshabe die Erkenntnis zugrunde gelegen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den deutschen Ländern, die eine Voraussetzung für die Reparationserfüllung sei, nicht mit den Polizeikräften von 1913 möglich sei. Die Militärkontrollkommission betrachte die Schupo-Polizei rein vom Standpunkt der Abrüstung, nicht vom Standpunkt der Sicherung Deutschlands. Die Forderung der Militärkontrollkommission mache es den deutschen Ländern unmöglich, sich der Polizei zu bedienen zur Verhütung und Abwehr innerer Unruhen.

Polizeibeamte und Ententnote. Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands hat seinen geschäftsführenden Vorstand und die Vertreter seiner Landesverbände zu einer gemeinsamen-Beratung nach Berlin-berufen, um Stellung zu nehmen zu den schwebenden Polizeifragen und der letzten Ententnote, sowie zur Vorbereitung für den heute beginnenden Bundestag des Deutschen Beamtenbundes.

Erwörung eines Deutschen durch einen französischen Soldaten. Am 31. März abends verletzten zwei französische Soldaten in einem im Bezirk Köln-Mülheim gelegenen Schanklokal Branntwein. Der Wirt verteidigte den Verkauf, da der Ausländer an Weingewerkschaft militär verbot ist. Ein zufällig im Lokal anwesender Deutscher namens K. R. H., Vater von fünf Kindern und von Beruf Maurermeister, verurteilte den Soldaten die Erklärung des Wirts verständlich zu machen. Es kam zu einem Streit zwischen Militär und dem Soldaten. K. wurde, als er eben das Lokal verlassen hatte, von einem der Soldaten erschossen.

Asche und Kehricht.

Von Max Dortu.

Die Müllfutcherlei ist ein hartes Gewerbe. Wir Abfuhrleute von Asche und Kehricht sind wie die Vergleute: sonnenlose Arbeiter. Und wie die Heizer wogendurchschneidender Schiffe sind wir: staubdurchsucht.

Der Bergmann fördert zu Tag: aus der Nacht heraus. Wir fördern ab. Wir sind wie die Totengräber. Das „Nichtsmehrbrühe“ des Hauses holen wir ab.

Was aber dem Haus nichts nützt: durch den Gang unserer Hände erlöst es wieder. Da sind die feuerschnaubenden Müllstößen. Sie sind umgieher. Erstorbene Werte werden wieder zu Leben. Trotz der grüberähnlichen Gebärde sind wir gewissermaßen also doch Schöpfer. Schöpfer oder Wechseltänze neuer Werte.

Die Verachtung, die auf uns liegt, wir verdienen sie nicht. Der Bürger sieht mit scheelen Augen auf uns. Er sieht unser Handwerk; nicht die Last unseres Handwerks sieht er, wohl aber den Schmutz desselben.

Wer denkt wohl, wenn er den Müllwagen wie eine schwere Kraxe einherstampfen sieht, wie unsere Lungen aussehen mögen. Daß der Wischenstaub die Augen reizt, daß wir Millionen Mikroben und Bazillen einschleppen müssen. Jeder sieht es als selbstverständlich, als durchaus nichts Besonderes an.

Regnet es, dann sind unsere Hände grauschlammig. Friert es, dann sind unsere Hände rotblau. Schneit es, dann sind wir weiße Schneemänner mit schweißtränen Gesichtern.

Aber die Nacht verdirbt das ja alles. Die Stadt sieht ihre Extremitäten nicht gern. Mit dunklen Händen stellt Haus für Haus unsere widerwärtige Abfuhr hin; und verschleift sich uns dann.

Wir Müllleute finden keine offenen Türen. Und keine offenen Herzen finden wir. Man umgeht uns; wie man unsere Brüder Totengräber umgeht — und wie man Henker, Büttel und Spießbuben umgeht.

Die Gewohnheit läßt das zwar vergessen: aber manchmal reißt es doch an der Seele.

Mülleute und Seele: Der Resthete quillt auf vor Lachen — und der Intellektuelle, der Alleswissende, er stellt satirische Anzeln um seine dünnen Lippen, seine Augen sagen Hohn — — — Müllleute und Seele? O, auch wir graustaubigen Männer der Nächte — auch wir haben Gefühl.

Und dieses unser Gefühl, es läßt unser schmutziges Handwerk ertragen und weiterführen. Wir sind der Stadt eine Notwendigkeit. Kavaliere und Lededamen, trunkene Schieber, Spieler: sie sind unsere Begleiter in der Nacht. Wenn wir nun die Sterne fragen — wer wiegt mehr: sie oder wir? Segne uns, Arbeit.

Die Ausföckung von Gebäuden. Zur Ausföckung von Gebäuden und zur Zulassung eines 6. Wohngeschosses in Berlin haben jetzt das Ministerium für Volkswohlfahrt und die Hochbauabteilung des Finanzministeriums Stellung genommen. Ein Antrag auf Zulassung des 6. Geschosses für Berlin seitens des Bezirksausschusses wurde vom Ministerium für Volkswohlfahrt mit der Begründung abgelehnt, daß die Zulassung dem jetzigen Bestreben auf Förderung des Hochbaues zungunsten des Hochbaues im Wohnungswesen widersprechen würde. Die Zulassung von sogenannten Hochhäusern sei nur für Geschäfts- und Verwaltungsgelände angeht, im übrigen sei durch Freigabe der Dach- und Kellergeschosse eine ausreichende Möglichkeit für größere Ausnutzung der Wohngebäude gegeben. Die Hochbauabteilung macht geltend, daß durch die bisherige einheitliche Regelung der obersten Geschosshöhe eine gewisse Ruhe im Straßenbild vorhanden ist (?), so daß eine Ausföckung nur noch da in Frage kommen könne, wo einzelne Häuser innerhalb der geschlossenen Reihe diese jetzt zulässige Grenze noch nicht erreicht hätten. Die Zulassung eines 6. Geschosses über die gegenwärtig höchste Höhe hinaus würde zur Folge haben, daß von neuem schwebende Brandgefahr über die Nachbarhäuser in unangenehmer Weise hinausragt. Bei der gegenwärtigen Teuerung sei außerdem zu befürchten, daß solche Ausföckungen vorzugsweise in billiger Ausführung ohne Rücksichtnahme auf würdiges angemessenes Aussehen durchgeführt werden würden. Auch die Zulassung eines 6. Geschosses innerhalb der bisherigen Höchstgrenze würde zu zahlreichen verunstaltenden Änderungen führen.

Die Schleswig-Holsteinischen Volksspiele, die bereits früher mit Erfolg die niederdeutsche Kunst gepflegt haben, werden auch in diesem Sommer Vorführungen veranstalten. Wie in „Nieder-sachsen“ mitgeteilt wird, wurden drei Mysterienspiele zur Darstellung in Aussicht genommen, das alte Spiel „Theophilus“ aus dem 15. Jahrhundert, „Totentanz“ nach den Lübecker Drucken von 1463 und 1520 und das „Spiel vom reichen Mann“ nach dem Mittelniederdeutschen des Johannes Stricker. An „Volksspielen“ werden gebracht: „Doktor Faustus“ und „Sanzet und Sanderein“ aus dem Mitteldeutschen. An „Mitteldeutschen Lustspielen“ werden aufgeführt „St. Peter auf Erden“ von Hans Sachs und der „Peter Squenz“ von Gröpphus. Auch ein modernes Drama erscheint diesmal im Spielplan, nämlich das Bühnenwerk „Der ewige Mensch“ von Alfred Brust. Die einzelnen Spiele sind so ausgewählt, daß je zwei Mysterien-, Volks- und altheutische Lustspiele einen Abend ausfüllen.

Fahrende Ausstellungen sind die neueste und zweifellos auch eine sehr wirksame Form der Handelspropaganda, die aus dem Bemühen der einzelnen Länder, neue Absatzgebiete für ihre Waren zu schaffen, hervorgegangen sind. Der Ausstellungszug kann innerhalb eines Eisenbahnnetzes mit einheitlicher Spurweite an alle wichtigeren Punkte des Inlandes gebracht werden, ist aber an eben dieses Bahnnetz gebunden, während das Ausstellungsschiff einen weit größeren Aktionsradius hat, aber nur die Hüfen erreichen kann. Das größte zusammenhängende Eisenbahnnetz außerhalb Europas besitzt Nordamerika, und dort ist es denn auch eine frauzösische Ausstellung auf Rädern in Tätigkeit. Zukünftig hat sie eine gleichwertige

Fahrt durch Kanada gemacht und dabei den Besuch von mehr als 300 000 Interessenten gefunden, von denen der größte Teil zweifellos nie eine Reise zum Besuch einer europäischen Messe unternommen hätte. Eine schwimmende Ausstellung großer Stills wird jetzt in England vorbereitet. Im August 1923 soll der 29 000 Tonnen große Ausstellungsdampfer „British Industry“ die Themas verlassen und auf einer zehnmonatigen Reise zunächst alle großen Häfen der Ostküste Südamerikas (Bahia, Rio de Janeiro, Montevideo, Buenos Aires), dann die Hauptstädte Südamerikas (Konsolid, Durban) aufsuchen, sodann Australien, Neuseeland und die Südpazifik, Japan, China (Sanghai, Hongkong), Manila, Singapur, Niederländisch- und Britisch-Indien. Die Rückkehr erfolgt durch das Rote Meer, den Suezkanal und das Mittelmeer, wobei noch in Aden, Malta und Gibraltar Halt gemacht wird.

Europas Untergang. Während man eben dabei ist, auf der Konferenz von Genua Mittel und Wege zu beraten, um das aus den Augen gegangene alte Europa wieder einzurufen, erhebt ein Gelehrter aus der Neuen Welt seine Stimme, um mit klüster Schlichtheit die Zwecklosigkeit dieses Beginns zu erklären. Der Vulkanologe Dr. Milton A. Nobles behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die neue Erdbebenperiode, die mit dem 15. März in Europa eingeleitet habe, zum Untergang eines großen Teiles dieses Kontinents führen werde. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die neue Tätigkeit des Vesuvius und des Etna in Italien und führt aus, daß das ganze vulkanische Gebiet, das von Island über Italien bis nach Asien reiche, eine zusammenhängende Einheit sei und daß der Hecla auf Island in Mitteldeutschland gezogen wird, wenn der 4000 Kilometer entfernte Vesuvius Lava herauswürfeln würde. Dr. Nobles, der aus der Minderlichkeit das Aufstehen von Erdbeben vorauszusagen will, behauptet fest und fest, daß in der nächsten Zeit Erdbeben ausbrechen werden, infolge deren große Gebiete in Europa verfallend und neue Kontinente entstehen werden. Für seine Landeute aber hat er beruhigende Nachrichten. Die Erdstöße würden zwar in den Vereinigten Staaten empfunden werden, aber es sei nur für große Gebäude zu befürchten, die zusammenstürzen könnten; die Struktur des Landes werde nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

„Die Junge Bühne“ hat die Uraufführung von Arnold Bronson „Batemord“ im Neuen Theater am 30. auf Sonntag, 23. April, mittags 12 Uhr verlegt. Gollie Harten behalten Golligkeit.

Aben-Itzias der Motier-Bühnen. Die Vorstellungen des Aben-Itzias werden mit Beginn der nächsten Spielzeit ihren Anfang nehmen. Die erste Abteilung bringt: „Die Stäben der Welt“, „Kosmos“, „Hesperien“, „Mora“, „Hedda Gabler“, „Die Wälder“. Für jede Abteilung des Itzias wird ein Abonnement ausgearbeitet. Der Abonnementpreis beträgt die Hälfte der Kassapreise. Die Annahme der Abonnementbestellungen für die erste Abteilung beginnt am Montag, 10. April, an der Kasse des Residenz-Theaters.

Die größte Universität der Welt. Columbia-Universität, die Staatsuniversität von New York, hat ihre Jubiläumsgesellschaft mit einer Besuche zahl von 310 000 Besuchern eröffnet, die sich aus sämtlichen Teilen der Welt rekrutieren. Die Einrichtungen der Columbia-Universität sind fortwährend erweitert worden, so daß kein einziger Antragssteller aus Mangel an Raum abgewiesen zu werden braucht.

Die Not der Zeitungen.

Ein Antrag aus allen Parteien des Reichstags, mit dem Präsidenten Genossen Lübe an der Spitze der Unterzeichner, ersucht die Reichsregierung, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiet wirksam gesteuert wird. Der Reichstag erwartet diesen Gesetzentwurf so rechtzeitig, daß seine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt begonnen werden kann.

Bayern und das Reich.

München, 6. April. (Tl.) Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat in einer großen Rede im Landtag auch das Verhältnis Bayerns zum Reich besprochen. Er führte dabei aus: Wer an der Zusammengehörigkeit Bayerns mit dem Reich festhält, der habe die Pflicht, so aufzutreten, daß diese Zusammengehörigkeit keinen Schaden erleide. Die Sprache, welche gewisse Redner über die leitenden Männer in der Reichsregierung führen, gehe entschieden über das Maß sachlicher Kritik hinaus. Wer in München warte, müsse auch über die Donau und über den Rhein hinaussehen. Man dürfe nicht bei verwirrten Schwärmgeister einen Zustand erzeugen, aus dem der politische Nord entspringe. Wehe dem, der das deutsche Volk in der jetzigen Periode der Erregbarkeit durch eine solche Tat in das Chaos stürzen würde. Es verrate eine vollständige Verkennerung der Verhältnisse, wenn man glaube, das Rezept der Verhandlungen mit dem Reich liege darin, aufzutrompfen und den wilden Mann zu spielen. Ein solches Vorgehen würde entweder zur Unterwerfung unter den Stärkeren oder zur Postrennung vom Reich führen. Die bayerische Regierung habe bisher mit der gebotenen Festigkeit ihren Standpunkt vertreten und werde auch in Zukunft die bayerischen Rechte wahren. Der Ministerpräsident ging hier auf die Tätigkeit des badiischen Untersuchungsrichters in München ein und erklärte, die ursprüngliche Annahme der bayerischen Regierung über die Beteiligung des Staatskommissars Weismann treibe nicht zu. Graf Lerchenfeld erklärte, man müsse sich darüber klar sein, daß Berlin gar keine Spiegel in München zu unterhalten brauche. Die Reichsregierung ist keine fremde Regierung, sondern eine deutsche Regierung. Bayern ist kein selbständiger Staat, sondern ein Teil des Deutschen Reiches. Deutschland kann nur gedeihen, wenn zwischen den Regierungen der Länder untereinander und zwischen den Regierungen der Länder und der Reichsregierung ein auskömmliches Verhältnis besteht. Deshalb sei es auch notwendig, daß eine enge persönliche Fühlung aufrecht erhalten bleibe. Wenn ihm ein Vorwurf aus seinen persönlichen Reisen nach Berlin und anderswo gemacht werde, so könne er nur erklären, daß diese Vorwürfe ihm gleichgültig seien und daß er sich in keiner Weise daran hindern lassen werde, solche Reisen auszuführen, weil er sie für erforderlich halte. Der Ministerpräsident wandte sich dann sowohl gegen die Treibereien der sogenannten Nationalsozialisten wie der radikalen Linken. Hierauf äußerte er sich eingehend über die Reparationsfrage, schilderte die Gefährlichkeit der französischen Politik für den Wiederaufbau Europas und erklärte, daß in der Ministerkonferenz in Berlin volle Einigkeit darüber erzielt worden sei, daß der Reichstag die Entscheidung der Reparationskommission mit einem begründeten Nein beantwortet habe.

Ein Ultimatum? - Kein Ultimatum!

Die „Telegraphen-Union“ versendet eine Anzahl von Pariser Meldungen über ein angebliches „Ultimatum“ der Reparationskommission, das bis zum 8. April eine Antwort auf die Note vom 21. März verlange. Sie berichtigt sich dann dahin, daß es sich nicht um ein Ultimatum, sondern um einen „Wunsch“ handle, und schließlich teilt sie mit, daß auch ein solcher „Wunsch“ bisher an die Berliner amtlichen Stellen nicht gelangt sei.

Wenn bei der Reparationskommission der Wunsch bestehen sollte, auf die Note vom 21. März bald Antwort zu erhalten, so wäre das durchaus begründet, und auf deutscher Seite besteht zweifellos die ehrliche Absicht, diesem Versuch nach Kräften entgegenzukommen. Der Hauptinhalt der deutschen Antwort ist der Reparationskommission allerdings schon aus den Reichstagsverhandlungen bekannt, doch sind natürlich bei der schriftlichen Formulierung verschiedene Einzelheiten genauer zu behandeln.

Die „Tl.“ verdient erhitzen Lobel dafür, daß sie alarmierende Meldungen in leichtfertiger Weise verbreitet. Sie muß wissen, was man unter einem Ultimatum versteht und muß die Befugnisse der Reparationskommission kennen. Ein Ultimatum ist die Ankündigung einer Exekution für den Fall, daß die Erfüllung bestimmter Forderungen unterlassen wird. Da der Reparationskommission keine Exekutionsgewalt zusteht, kann sie auch keine Ultimaten erlassen.

Die Frage der deutschen Anleihe.

Paris, 6. April. (Tl.) Die Reparationskommission teilt den am 4. April gefassten Beschluß mit, der einem Sachverständigenausschuß den Auftrag erteilt, über die Bedingungen Bericht zu erstatten, zu denen die deutsche Regierung im Ausland Anleihen aufnehmen könnte. Der Ausschuß wird vor allem folgende Punkte zu bearbeiten haben:

1. Unter welchen Bedingungen die Anleihen aufgenommen werden könnten und welchen Betrag man vernünftigerweise in naher Zukunft, etwa im Laufe der beiden nächsten Jahre, aufzubringen hoffen könne.
2. Welche Garantien den etwaigen Gläubigern geboten werden könnten, ohne die künftigen Reparationsinteressen ungebührlich zu schädigen.
3. Den Kontroll- und Verwaltungsmethoden für die Einnahmen und anderen Aktiven, die für den Anleihebetrieb zu verwenden sind, sowie die zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der Gläubiger und der Reparationskommission herzustellenden Beziehungen.
- Der Sachverständigenausschuß führt der Bericht fort, werde Gutachten von New Yorker, Londoner, Pariser, Römischen, Brüsseler, Amsterdamer, Berner, Berliner usw. Persönlichkeiten einholen, die in der Emission von Staatsanleihen praktische Erfahrung besitzen, und hiernach einen praktischen Entwurf aufstellen, zu dem die Zustimmung der deutschen Regierung und Reparationskommission eingeholt werden solle. Der Sachverständigenausschuß besteht aus: Delacroix, d'Ameglio, einem deutschen Vertreter, je einem Finanzfachverständigen aus England, Frankreich und den Vereinigten Staaten sowie aus einem Lande, das nicht am Kriege teilgenommen hat. Der neutrale Vertreter wird auf gemeinsamen Vorschlag des Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses Delacroix und des deutschen Vertreters ernannt.

Rußlands Forderungen in Genua.

London, 6. April. (CP.) Am Sitz der russischen Handelsdelegation wurde gestern erklärt, daß die Sowjetdelegation in Genua folgende Forderungen stellen wird: 1. Eine Mißdecksanleihe von einer Million Pfund Sterling. 2. Deutschland zu ermäßigten, ungehindert mit Rußland zusammenzuarbeitenden. 3. Gegen Lieferung russischer Waren Rußland Kredite zu gewähren. 4. Die Schulden der zaristischen Herrschaft werden nur bezahlt werden, wenn Rußland für die Operationen der gegenrevolutionären Armeen entschädigt werde. Wenn diese Forderungen nicht angenommen würden, so würden sich die Sowjetrussen von der Konferenz zurückziehen.

Ägyptische Augenkrankheit?

Seit einiger Zeit sollen bei jugendlichen Personen in wachsender Zahl Augenkrankheiten, darunter auch die ägyptische, nach dem Besuch öffentlicher Badeanstalten aufgetreten sein. Der Charakter dieser langwierigen und schmerzhaften Entzündungen ist bisher noch nicht erkannt worden. Die Erkrankungen sollen vor allem im besetzten Gebiet, in Köln und anderen Städten besonders bössartig aufgetreten sein. Aber auch in Berlin sind diese Erkrankungen festgestellt worden. Die Bezirksversammlung Friedrichshain beschäftigte sich am Mittwochabend mit diesen Erkrankungen und einer Vorlage, in der 50.000 Mk. verlangt werden für die Einrichtung einer Chlorgasentkeimungsanlage für die Schwimmbäder und Wasser der Stadtbäder Friedrichshain an der Schillingsbrücke. Nach dem Urteil des Hauptgesundheitsamtes kann das Schwimmbecken nur als Ueberträger der Krankheit in Betracht kommen. Die neue Chlorgasentkeimungsanlage soll nun dazu dienen, die Krankheitskeime im Wasser zu töten. Die Ausführung der Anlage ist vom Magistrat, dem Hauptgesundheitsamt und der Deputation der Werke dringend empfohlen worden. In Neukölln soll man schon befriedigende Ergebnisse mit einer solchen Anlage erzielt haben.

225 Mark der Zentner märkische Kartoffeln.

Scharfe polizeiliche Ueberwachung dieses Richtpreises.

Nach der letzten Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin hat der Preisausschuß für Kartoffeln in der Provinz Brandenburg am 28. März d. J. einen Erzeugerpreis von 150 Mk. pro Zentner für Kartoffeln handelsüblicher Ware ab märkischer Station als angemessen ermittelt. Die Kartoffelpreise gestalten sich demnach pro Zentner ungefähr wie folgt:

Erzeugerpreis	150.— Mk.
Fracht (Durchschnitt für Prov. Brandenburg)	10.— „
Verladekosten (5-7 Proz.)	9.— „
Großhandelsnügen (1 1/2 Proz.)	21.50 „
Umsatzsteuer (2 Proz.)	4.50 „
Großhandelspreis also	195.— „
Kleinhandelnügen (15 Proz.)	80.— „
Kleinhandelspreis	275.— „

Es wird hervorgehoben, daß es sich hinsichtlich der Frachttäge nur um märkische Kartoffeln handelt; bei Zufuhren aus andern Provinzen erhöhen sich die Frachttäge und somit die Preise. Auf einen Zentner Kartoffeln aus Ostpreußen liegen z. B. 25 Mk. Fracht, so daß sich in diesem Falle der Preis des Zentners Kartoffeln auf 240 Mk. stellen würde. Sämtliche mit der Preiswachenbelämpfung betrauten Dienststellen werden sich bei den Kontrollen grundsätzlich an obige Richtpreise halten und eine scharfe Ueberwachung ausüben. Händler, die sich weigern, ihre Verkaufs- und Einkaufspreise anzugeben, haben Handlungsbefugnisse zu verlieren. Sämtliche Anzeigen werden durch die Reviere der Abteilung W des Polizeipräsidiums angeleitet.

Der wiedergefundene „Sieger“.

In der Nacht zum vergangenen Sonnabend wurde, wie wir mitteilen, von einer kleinen Liegertengasse an der Duerallee, in der Nähe der Charlottenburger Chaussee, eine Bronzefigur gestohlen, die den „Sieger“ darstellt. Der Kriminalpolizei ist es nach gelungen, die Metallstücke zu ermitteln, festzunehmen und die gestohlene Figur wieder herbeizuschaffen. Die Täter sind ein Dreher Willibald Klein und ein Kaufmann Alfred Knopp. Sie hatten eine Leiter über den Graben gelegt und so die kleine Insel erreicht. Hier stießen sie die Figur vom Sockel, schafften sie über die Leiter fort und brachten sie dann in einer Droschke zu einem Trödler, um sie zu Geld zu machen. Dort hat die Kriminalpolizei die Figur beschlagnahmt. — Eine große Menge Metallgegenstände anderer Art, Messingstangen, Strohbleche, Lurkinken und -griffe, Klingelknöpfe usw., sind im Gewahrsam der Kriminalpolizei, weil ihre beschlagnahmten Eigentümer noch nicht bekannt sind. Die Sachen wurden bei verschiedenen Althändlern beschlagnahmt und sichergestellt. Sie sind von noch unbekanntem Dieben irgendwo aus Häusern gestohlen worden. Die Bestohlenen können sich vormittags im Zimmer 51 des Berliner Polizeipräsidiums melden.

Falsche Intendanturstempel.

Sie wollten sich „gesund“ machen.

Wegen einer Reihe von Straftaten, welche sie dienstlich als Angehörige einer militärischen Kasernenverwaltung begangen haben sollen und durch welche das Reich um erhebliche Summen geschädigt worden ist, haben sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten: der Kaufmann und frühere Offiziersstellvertreter Max Thiesing, der Kaufmann Fritz Kanzer, der Kaufmann Hans Hamann, der Handlungsgehilfe Friedrich Döring, der Kaufmann Erich Schönerstedt, der Ingenieur Helgar Obuzen und der Kaufmann Georg Walter. — Die Anklage behauptet folgendes: Ende 1918 bis Anfang 1920 waren die Intendanturen der einzelnen Truppenkörper, die sich im Stadium der Auflösung befanden, angewiesen worden, fremden Truppenteilen, die aus dem Felde zurückgekehrt waren und demobilisiert wurden, auf Anforderung Geldbeträge vorzuschießen. Diesen Umstand nutzten die Angeklagten in der Weise aus, daß sie Geldforderungen auf den Namen verschiedenster Truppenteile und Ausweise auf die verschiedensten Namen anfertigten, die Urkunden mit falschen Stempeln versehen, mit den Urkunden in Zahlmeister- oder Offiziersuniform zu verschiedenen Kasernen gingen, nach Vorlegung der Urkunden zunächst Anweisungen auf die erforderlichen Beträge und dann die Beträge selber erhielten. Für die Verhandlungen sind vormittags drei Sitzungstage anberaumt worden. Wir werden das Urteil mitteilen.

Die Gültigkeitsdauer für Umsteige Fahrweise.

Vor einiger Zeit war offiziell bekanntgegeben worden, daß es mit der zweiwöchigen Gültigkeitsdauer der Umsteige Fahrweise „nicht so genau genommen werden soll“. Wenn also ein Fahrgast mit einem auf 9 Uhr gelassenen Schein die Rückfahrt einige Minuten nach 11 Uhr antritt, soll das gestattet sein. Viele Schaffner nehmen es aber noch auf die Minute genau, wodurch fortgesetzt Streitigkeiten entstehen. Bei den großen Entfernungen im Groß-Berliner Straßenbahnnetz erscheint überhaupt die Gültigkeitsdauer von zwei Stunden etwas sehr knapp. Tritt beispielsweise jemand die Fahrt 9 Uhr 5 Minuten an, so wird auf 9 Uhr 30 Minuten gelocht. Es gehen also von vornherein 25 Minuten verloren. Für die Einhaltung der weiteren Gültigkeitsdauer kommt es dann ganz auf die Entfernung des Fahrziels und auf die notwendige Zwischenzeit bis zur Rückfahrt an. Manche Linien haben ja eine Fahrzeit von 75 Minuten und mehr. In weiten Kreisen wird daher die Verlängerung der Gültigkeitsdauer auf drei Stunden gewünscht.

Falschgeklebte Steuermarken.

Bei der Annahme der Steuermarken für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Dezember 1921 ist, wie das Landesfinanzamt Groß-Berlin mitteilt, die Beobachtung gemacht worden, daß Arbeitgeber, insbesondere große Firmen, die Steuermarken in die damals gültigen Steuerkarten übereinander geklebt haben. Ein derartiges Verhalten ist unzulässig und bereitet den einzelnen Arbeitnehmern bei der Abnahme ihrer Marken an den Steuerentnahmestellen insofern Schwierigkeiten, als die Karten zum Teil zurückgewiesen werden.

Um Weiterungen zu vermeiden, sollen solche Marken dieses Mal ausnahmsweise angenommen werden, sofern einwandfrei durch die Annahmestellen festgestellt werden kann, daß es sich um echte und ganze Marken handelt, die übereinander geklebt worden sind. In Zukunft dagegen werden die Einlagebogen der Steuerbücher, sofern entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ein nicht vorchriftsmäßiges Kleben erfolgt ist, nicht mehr angenommen werden. Die Marken sind nebeneinander zu kleben und zu entwerfen. Eventuell sind mehrere Reihen für jede Lohnzahlung zu benutzen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, eine Aufzeichnung der einzelnen Seiten in den Einlagebogen der jetzt vorausgabten neuen Steuerbücher selbst vorzunehmen und es nicht dem nachfolgenden Arbeitgeber zu überlassen, diese Rückbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen nachzuholen. Die mit der Erhebung der Einkommensteuer betrauten Kassen sind beauftragt, in Zukunft derartig unferne Karten nicht mehr anzunehmen.

Berlin Kleinrentnerfürsorge.

Zur Unterstützung notleidender Kleinrentner nach dem vom Magistrat angenommenen Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse und die vorläufige Regelung der Unterstützung notleidender Kleinrentner werden bei den Bezirksämtern I bis VI folgende Fürsorgestellen für Kleinrentner eingerichtet: Bezirk I (Mitte) Breite Str. 36, Hof links, Aufgang 6, 4 Treppen, Zimmer 122; Bezirk II (Tiergarten) Klopstockstraße 24, 1 Treppe, Zimmer 33; Bezirk III (Wedding) Christianstraße 73, Wohlfahrtsamt; Bezirk IV (Prenzlauer Berg) Kleinrentnerfürsorgestelle, Behlauer Str. 8, 2 Treppen; Bezirk V (Friedrichshain): a) für Personen, die östlich der Frucht- und Friedensstraße wohnen; Frankfurter Allee 37, Schulgebäude, Hof parterre links, Zimmer 3, b) für diejenigen, die in der Frucht- und Friedensstraße und westlich davon wohnen; im Stadthaus, Eingang Parochialstraße, 1 Treppe; Bezirk VI (Kreuzberg) Poststr. 10, Seitenflügel 1 Treppe, Zimmer 68/69. — In den bisherigen Vororten (in den Bezirken VII bis XX) werden die Stellen besonders bekanntgegeben. Diese Fürsorgestellen sind zuständig für bedürftige, in der Stadt Berlin wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen mit einem Jahresinkommen von wenigstens 600 Mk. sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf dieses Einkommen angewiesen sind. Kleinrentner mit einem, die jeweilig geltenden Sätze der Erwerbslosenfürsorge überschreitenden Einkommen, gelten in der Regel nicht als bedürftig. Die hiernach in Betracht kommenden werden aufgefordert, sich womöglich schon am 10. 11. oder 12. April in der für sie zuständigen Fürsorgestelle in der Zeit von 8 bis 3 Uhr zu melden. Mitzubringen sind Papiere, aus denen der Vermögensstand und die Einkommensverhältnisse ersichtlich sind, namentlich die Steuerunterlagen für die Jahre 1919 und 1920.

Zum Zusammenbruch der W.-B.-Co. wird weiter mitgeteilt, daß bisher von dem flüchtigen „Generaldirektor“ Wattern noch keine Spur gefunden werden konnte. Der unternehmungslustige junge Mann ist mit einer Holländerin verheiratet, und da er Beziehungen mit seinem in Holland lebenden Schwigereltern unterhielt, so wird angenommen, daß er bereits über die holländische Grenze entkommen ist. In Berlin und vielen anderen Städten, so in Leipzig, Hamburg, Halle usw., wo die W.-B.-Co. Subdirektionen unterhielt, haben sich eine ganze Reihe von leidtragenden Aktionären gemeldet. Die Berliner Angestellten haben sich zum Teil selbst dadurch schadlos gehalten, daß sie Schreibmaschinen und andere Bureauinrichtungsgegenstände beschlagnahmten. Bei der gestrigen Durchsuchung, die Kriminaloberkommissar Fischer von der Inspektion C der Kriminalpolizei, Georgenstraße 30a, vornahm, wurden Papiere und Bücher beschlagnahmt. Aus diesen hat sich bisher ein klares Bild über den Betrieb noch nicht ergeben.

Im Autobus um 200.000 Mk. beschlagnahmt. Ungewöhnlich reiche Beute machten Taschendiebe auf der Autobusstrecke von den Linden nach Halensee. Sie stahlen einer Dame aus der Kantelische, ohne daß sie etwas spürte, ein Täschchen, das wertvolle Schmuckgegenstände und bares Geld, zusammen im Werte von 200.000 Mk. enthielt.

Die Vollmilchmarken für den Monat Mai werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben, und zwar in Alt-Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Sonnabend, den 8., Ronlag, den 10., Dienstag, den 11., für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Mittwoch, den 12., Donnerstag, den 13., und Sonnabend, den 15. April 1922. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sind sämtliche Milchmarken an einem Tage zu verabfolgen. Ferner werden A-Karten (Karten für werdende Mütter) ausgegeben. Die A- und A II-Kindermarken erhalten je 1/2 Liter und die B- und B II-Kindermarken (Karten für werdende Mütter) je 1/2 Liter Milch täglich. Die auf Milchmarken zu verabfolgende Milch wird voraussichtlich zum verbilligten Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben. Die Höhe des Preises wird besonders bekanntgegeben. Die Inhaber von Milchmarken haben die Mai-Milchmarken bis zum 25. April dem Milchhändler vorzulegen. Die Milchmarken können in allen Milchgeschäften und in Buchhändlern angemeldet werden.

Das Reichsbuch erscheint am 1. Juni in einer neuen Ausgabe zum Preise von 75 Mark. Feststellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Buches wird eine frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, viel Wind, aber noch unabhängig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frühen westlichen Winden.

Das gute Weinjahr 1921.

Der deutsche Wein von 1921 kommt infolge der Trockenheit und sommerlichen Hitze in seiner Güte den besten Weinjahrgängen gleich. Abgesehen von einzelnen Weinbaubezirken blieb aber der Ertrag der Weinmosterne erheblich hinter 1920 und früher zurück, wird aber immer noch zu den guten Ernten gerechnet. Ursache des geringen Ertrages sind sehr verbreitete Aufstretten des Heu- und Sauerwurms und Rastflöhe im Frühjahr. Der „billigste“ Weißwein war im Breisgau mit 826,30 Mk., der „billigste“ Rotwein in den Bezirken Bergzabern, Gernmersheim, Landau und Speyer mit 590,10 Mk. pro Hektoliter zu haben. — Doch was nützt schließlich das gute Weinjahr, wenn selbst die „billigsten“ Preise unerschwinglich für das Volk sind?

Großfeuer auf einem Dampfer. An Bord des im Hamburger Hafen liegenden Dampfers Falz brach in der Nacht zum Mittwoch aus noch nicht aufgeklimmter Ursache Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Sämtliche Räume des Schiffes wurden mit Hilfe von Spritzenbombern unter Wasser gelegt werden. Um 5 Uhr früh war die Feuergefahr beseitigt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialisten. Gruppe Tempelhof. Heute abend 7 1/2 Uhr, bei Kohnenell, Werner. Gute Auslandsnachrichten, Parteigenossen. — Das Urteil der „Jungsozialistischen Mütter“ kann von unserer Geschäftsstelle von heute ab bezogen werden. Wir fordern die Ortsgruppen auf, ihre Abnommens umgehend abzuholen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gemeindefahrer zum Gewerkschaftskongress.

In einer außerordentlichen Generalsammlung des Verbandes der Staats- und Gemeindefahrer am Mittwochabend in den Andreas-Sälen sprach Polenske über die Stellung zum Gewerkschaftskongress. Redner führte u. a. folgendes aus: Auf dem letzten Kongress 1919 in Nürnberg waren etwa 5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten, auf dem bevorstehenden wird ihre Zahl rund 8 Millionen betragen. Viele Mühen und Trüben der Nürnberger Tagung sind nicht in Erfüllung gegangen; es ist auch der in Nürnberg gewählten Kommission für Industrieverbände nicht gelungen, die erwünschten Erfolge zu erzielen. Die Kritik gegen die Leitung des ADGB ist in den letzten Jahren außerordentlich stark gewesen und sie wird auch in Leipzig scharf einsehen. Der Bericht des Bundesvorstandes wird bedeutsam sein. Der gewaltige Andrang zu den Gewerkschaften hat sich auch in politischer Richtung hin außerordentlich bemerkbar gemacht. So bei dem Boykott gegen die Hortly-Regierung. Eine starke Opposition ist besonders auch deshalb gegen die Bundesleitung der Gewerkschaften erhoben worden, weil sie für die Durchführung der bekannten 10 Punkte nicht nachdrücklich genug eingetreten sei. Der ADGB hätte sich allerdings zuvor über die Durchführbarkeit dieser Punkte klar sein lassen. Er habe die aufgestellten Forderungen den einzelnen Organisationen übermitteln, mit der Aufforderung, für ihre Durchführung einzutreten. Diese Aufgabe hätte von einer Zentralkommission aus in Angriff genommen werden müssen. Der Kongress werde sich auch mit einer Anregung des Verbandes der Maschinenisten und Heizer beschäftigen müssen, die Industriegruppen um eine weitere Gruppe zu vermehren. Ganz besondere Aufmerksamkeit werde der Kongress dem neu zu schaffenden Arbeitsrecht zuwenden müssen. Wir fordern, daß die Organisationsformen, die mühsam aufgebaut worden sind, gewahrt bleiben und alles zusammengefaßt wird, was sich nach gleicher Richtung hin bewegt. Weiter, daß der Kongress Stellung gegen die Arbeitergesetze nimmt, die eine Verschlechterung für die Arbeitnehmerhaftung und ihre Organisationen bringen.

Nach einer längeren Diskussion über das Referat kam man zur Aufstellung von Kandidaten für den Gewerkschaftskongress. Es sind fünf Vertreter in Berlin zu wählen. Die erweiterte Verwaltung hat vorgeschlagen, von den drei sozialistischen Parteien je fünf Kandidaten, also 15 auf eine Liste zu setzen, und es den Mitgliedern zu überlassen, davon fünf Delegierte zu wählen. Ein Antrag Reinsdorf verlangt, daß von der U.S.P. und der K.P.D. je drei Kandidaten aufgestellt werden sollen, die SPD. aber ausfallen soll. Für diese Unerschämtheit trat auch Lenz ein, der die SPD. als Förderer der Technischen Röhrlife verdächtigte. Ihm wurde erwidert, daß die SPD.-Kollegen mit der Technischen Röhrlife nichts zu tun haben.

Auch Schaumburg wandte sich gegen diesen Vorschlag, der geeignet sei, Uneinigkeit in die Reihen der Kollegenschaft zu tragen. Man sollte doch nicht vergessen, daß alle einig in den Kämpfen zusammenstanden. Die U.S.P. wisse nicht, was sie wolle, sie falle nach rechts und links um.

Kiel trat ebenfalls dem Antrag entgegen; ebenso Polenske, der hervorhebt, daß dadurch nur der Geist der Uneinigkeit genährt werde. Man solle diese Wahlen nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten aufziehen.

Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag der erweiterten Verwaltung mit 150 gegen 124 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag Reinsdorf auf

Boykott der SPD.-Mitglieder

angenommen.

Schaumburg erklärte hierauf, daß die Kollegen von der SPD. sich nicht an der Wahl beteiligen würden.

Polenske machte dann eine Zuschrift des Magistrats bekannt, daß der 9. Wohnort gekündigt ist. Werde jedoch die Deckung von der Stadtverordnetenversammlung heute beschlossen, solle die Kündigung als nicht erfolgt gelten. Die Auszahlung der restlichen Löhne vom März soll morgen Freitag erfolgen.

Die Angestellten der Hauptversorgungsdämter.

In der Bodbrauerei, Fildichstraße, versammelten sich am Mittwoch die Arbeiter und Angestellten der Hauptversorgungsdämter Berlin und Brandenburg, sowie der Versorgungsämter 1 bis 5, um zu erfahren, wann endlich der im November 1921 gefällte Schiedsspruch in Kraft treten werde. Stige vom Hauptbetriebsrat erläuterte den Schiedsspruch in seinen einzelnen Punkten. Seit etwa vier Monaten warte man auf die Durchführung des Schiedsspruches. Wir kommen nicht in den Genuss dieses Geldes, sondern man speist uns immer wieder mit Vorwürfen ab. Bei jedem Tarifabschluß überflutet uns das Reichsarbeitsministerium mit Richtlinien. Es wird noch so kommen, daß insofern all der Richtlinien die ganze Richtung verloren wird. Wir wollen endlich das uns zustehende Geld haben.

Schleckenbecker vom Hauptversorgungsamt Brandenburg geisterte die Tatsache, daß etwa 70 Proz. der Angestellten des Versorgungsamtes Brandenburg Rückzahlungen ab 1. April 1922 leisten müssen. Wir müssen von der Postämter zur Aktivität kommen. Jetzt will man uns erst auf unsere Fachkenntnisse prüfen. Bei den Offizieren, die nur zwischen Kasernenbauern und Kasino hin- und herpendeln, hält man das nicht für nötig. Diese Leute kommen gleich in ihre zuständige Gruppe. — Kiemle vom ZWA. meint, daß man sich um die Richtlinien nicht kümmern brauche. Wir halten uns an den gefällten Schiedsspruch. Dieser Schiedsspruch gibt zu, daß Ausgruppierungen stattfinden können, nicht aber eine Rückgruppierung. Daher ist der Spruch leider nicht für verbindlich erklärt worden. Vor einiger Zeit legte sich im Reichstage Herr Morath von der Deutschen Volkspartei für die Erhöhung der Gehälter ein. Über wie? Gruppe 1 sollte 1000 M. bekommen und Gruppe 12 gleich 12 000 M. Der Grundsatz der Gewerkschaften ist, erst die Gehälter der unteren Gruppen zu erhöhen. In der weiteren Diskussion verlangen sämtliche Redner, daß sich alle Arbeitnehmer gewerkschaftlich zusammenschließen. Nachdem noch Gerkenberger über die Taktik einer Spruchkammer beim Zentralschiedsausschuss gesprochen hatte und beschlossen war, den Mißständen abzuhelfen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die versammelten Angestellten und Arbeiter der Versorgungsbehörden der Bereiche des HVA Berlin und Brandenburg fordern mit aller Entschiedenheit, daß der Schiedsspruch des besonderen Schlichtungsausschusses vom 29. November 1921 nach über vier Monaten endlich in Kraft tritt. Sie beauftragen die Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Reichstages, vor Beratung des nächsten Ergänzungsausschusses vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß die Zugeständnisse der früheren Abkommen und des Schiedsspruches des besonderen Schlichtungsausschusses profitlich durchgeführt werden. Sie sind entschlossen, alle Mittel zur Durchführung des Schiedsspruches anzuwenden.

Eine schiefe Darstellung.

In einem Artikel des „Textil-Arbeiter“ über den Achtstundentag findet sich die folgende Sagenleitung: „Kallisi hat als Sachverständiger der SPD. im Reichswirtschaftsrat...“ die Suspendierung des Achtstundentages auf fünf Jahre empfohlen.

Die von uns gesperrte Stelle hat auch die „Freiheit“ in einem Auszuge aus dem „Textil-Arbeiter“ übernommen.

Nun ist zwar richtig, daß Kallisi als Sachverständiger im Reichswirtschaftsrat sich in dieser Weise geäußert hat, richtig auch, daß er Mitglied der SPD. ist. Falsch aber ist, daß Kallisi als Sachverständiger der SPD. im Reichswirtschaftsrat gesprochen hat. Er hat dort weder im Auftrage der SPD., noch im Einvernehmen mit ihr oder gar in ihrem Sinne gesprochen. Da in dem Artikel des „Textil-Arbeiter“ der abweichende Standpunkt der SPD. aus dem „Vorwärts“ zitiert ist, diese Stelle aber in der „Freiheit“ nicht mit erwähnt ist, erscheint es uns notwendig, auf die schiefe Darstellung hinzuweisen, um Legendenbildungen vorzubeugen.

Gibt es keine Arbeitslosen?

Vor einiger Zeit war bei dem Amtsgericht Berlin-Tempelhof für einen erkrankten Justizwachtmeister ausschließliche der Inhaber eines Zigarrengeschäftes aus Rentkolln, Herrfurth- Ecke Weißestraße, mit Namen Beder, beschäftigt. Gegenwärtig wird der genannte Beder in der gleichen Eigenschaft beim Landgericht II, Hallesches Ufer, weiterbeschäftigt. Bei der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen wäre es wohl möglich gewesen, aus deren Reihen einen vollwertigen Ersatz zu finden und damit einem Familienvater wenigstens für kurze Zeit die Möglichkeit zu geben, für seine Familie zu sorgen. Man darf doch wohl annehmen, daß den Justizbehörden bekannt ist, daß viele Tausende unter Arbeitslosigkeit leiden.

Die Löhne der Herrenmaschneider.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband schreibt uns: Die in Köln geführten zentralen Verhandlungen für die Herrenmaschneider Berlin zeigten folgendes Ergebnis: Stundenlohn in Stufe I und II 20 M., in Stufe III und IV 19,50 M. Die Entlohnung der Hilfskräfte (männliche und weibliche) und die Abstufung der Löhne bleibt prozentual dieselbe wie bisher, ebenso der Qualitätszuschlag.

Die vorstehenden Löhne und Bestimmungen sind für die Entlohnung aller Arbeiten, welche nach dem 9. April 1922 verrechnet werden, maßgebend. Bei Zeitlohnarbeitern mit Wirkung vom 8. April ab.

SPD.-Aktionsausschuss der U.S.P. Morgen, 5 1/2 Uhr, Restaurant Obligo, Straßburger Straße. Sitzung sämtlicher Oblige des SPD.-Aktionsausschusses der U.S.P. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen unbedingt Pflicht!

Die Arbeiter in drei Zuckerraffinerien Magdeburgs treten gestern in den Streik, bevor der Schlichtungsausschuss entschieden hatte. Eine Stundenzulage von 1,95 M. lehnten die Arbeiter als unzureichend ab.

In der englischen Metallarbeiterbewegung ist eine Entspannung eingetreten. Am Montag beginnen neue Verhandlungen. Die Arbeitgeber zogen die Ausprägungsandrohung zurück. Diese Entspannung wird der Tätigkeit Lloyd Georges zugeschrieben, der im Verlaufe seiner Unterredungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern seinen ganzen Einfluß geltend gemacht hat, um eine Wiederaufnahme der Unterhandlungen herbeizuführen.

Die amerikanischen Bergwerksbesitzer haben es abgelehnt, mit den Vertretern des vereinigten Bergarbeiterverbandes auf Einladung der Regierung in Washington zusammenzukommen. Die Arbeitervertreter hatten sich dazu bereit erklärt.

Vand der technischen Angestellten und Beamten. Freitag 7 Uhr Mitgliederversammlung der Fachgruppe Deutsche Industrie, Germania-Prachtstraße, Reiner Saal, Chausseestraße 110

Verantw. für den reboll. Teil: Franz Kluge, Berlin-Richterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin, Verlag Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Wichtigste Mitteilung an meine Hausfrau!

Wovor Sie Ihren Ehemann in Kombination mit dem Kaufmann Sie ab bitten nicht, sich von ihm einen großen Aufbruch und Preiswürdigkeit zu überlassen. Wir haben unsere Spezialabteilung für Kombinationen bewährte und preiswert und sind auch großzügige gegen Aufpreisigung ganz besonders leistungsfähig.

Wollwolle Milchsäure Driss
 Berlin N. 39.
 Spinnmaschinen 70-71

GOLD-SILBER-PLATIN

Zahngelasse
 auch Kautschukgelasse u. einz. Zähne
 Kauf stets z. hoch Preis die Spezialisten

Gebrüder Fuhrmann
 Holländerstraße 39 (alte Mühle vom Holländerplatz)

Allg. Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick.

Stiermit laden wir die Mitglieder des Ausschusses zu der am Donnerstag, den 21. April, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Dr. Brange (Schloß-Resaurant), Köpenick, Berliner Str. 1, stattfindenden

ordentlichen
Auswahl-Sitzung

ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes für das Rechnungsjahr 1921.
2. Abnahme der Jahresrechnung 1921.
3. Renzianahme von den Verhandlungen der 1. 10. 21, 31. 21 und 48 der Kassensatzung durch den Vorstand.
4. Änderung der Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.
5. Einführung der Familienversicherung.
6. Bericht über das Gesundheitsheim in Seeborn.
7. Geschäftliches.

Anfragen und Beschwerden, zu deren Beantwortung die Einsichtnahme in die Geschäftsbücher notwendig ist, bitten wir bis zum 12. April mitzuteilen.

Die Ausschussmitglieder erhalten noch besondere Einladungen. 183/17

Köpenick, 4. April 1922.

Der Vorstand:
 Otto Rißel, Vorsitzender

Wo laß ich meinen Anzug machen?

Wer garant. f. gut. Sit. u. Verarbeitung?
May Motel, Schneiderstr.
 Neutölln, Ringbahnstr. 33. Tel. 909
 Lieferung für höchste Staatsbeamten
 Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Gurkofix

feinst. Gurkensalat
 Überall erhältlich!

Carl Timmer, Essig-, Mustrich-, u. Konservinenfabrik
 Berlin, Buschingsr. 6

Passage-Bad Rottbufer Damm 79

vollständig renoviert, oberirdisch folgende Bäder:
 Herren-, Soli-, Nichtschwimmer-, Stahl-, Ruff-, röm., Schmelz-, Kohlenäure-, Licht-, Luft-, Dampf-, sowie
Bäder
 für sämtliche medizinischen

Elektrost. sämtlicher Krankentassen
 Anr. röm. Bad f. Damen Mittwoch 10-1

Wichtig für alle u. besond. heute!!!

Wacht der Familie u. die Vorlage für das Alter durch den Abschluß einer Lebensversicherung. Sie haben umgeben Ihre Angehörigen an **Karlshofer Lebensversicherung a. G.**

Hauptverwaltung Groß-Berlin
 Berlin W. 50, Gieselerstr. 5/7

Es spricht sich rum

daß unsere werte Kundschaft bisher überaus preiswert bei uns gekauft hat. Ein ständig wachsender Kundenkreis beweist uns, daß wir den rechten Weg eingeschlagen haben, um uns auch fernerhin das Vertrauen des kaufenden Publikums zu sichern.

Trotz der großen Teuerung immer noch sehr billig!!!

Kowa-Schuh

Prinzenstraße 79
 am Moritzplatz



Die Anfertigung moderner Korsetts, Reform-Korsetts, Kinderleibchen, Büstenhalter usw.

aus eingesandten Stoffen unter Hinzunahme besten Materials, als auch Reinigung und Wiederherstellung getragener Korsetts übernimmt bei billiger Berechnung

Korsett-Fabrik Richard Necke

1. Geschäft: Bin-Karlshorst, Treskow-Allee 99
 2. Geschäft: Bin-Li-Hien 9, Neufeldhofstr. 26
 3. Geschäft: Blo., Komman-Jarlsenstr. 23, E. Alle Jakobstr.

J. Druhs:

ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED

Ein neues Buch aus der Heroenzeit der Arbeiterbewegung jung und alt, über das Reichstagspräsident E. B. S. schreibt: „... Meine Freunde über das Wert ist groß. Ich habe mich schon einige Kapitel angeeignet, die ich meinem unfähigen Jungen zum Lesen vorlegen will, damit er sieht, unter welchen schweren Verhältnissen die besten unserer Vorkämpfer ihre Arbeit begonnen haben...“

PREIS 20 MARK
 schön gebunden

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 2